

Danziger Zeitung.

№ 9580.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 H. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

K. Preussische Lotterie.
Bei der am 10. Februar. beendigten Ziehung der
2. Klasse 153. Pr. Klassenlotterie fielen: 1 Gewinn zu
6000 M. auf No. 77 904 und 2 Gewinne zu 300 M. auf
No. 57 809 und 73 220.
Die Ziehung der 3. Klasse beginnt am 14. März c.

Telegramm der Danziger Zeitung.
London, 11. Februar. Die Königin wird wahrscheinlich am 25. März nach dem Continent abreisen.

Bukarest, 11. Februar. Das gesammte Ministerium hat wegen des Tadelbotschafts des Senates gegen den Unterrichtsminister Majoresku, obwohl dasselbe ausdrücklich nur gegen diesen gerichtet war, seine Entlassung eingereicht. Der Fürst hat den Präsidenten und die beiden Vize-präsidenten der Kammer mit der Neubildung des Cabinets beauftragt.

Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.
Wien, 10. Febr. Wie die "Presse" meldet,
hat die deutsche Regierung die von der österreichi-
schen für das Frühjahr vorgeschlagene Revision des
deutsch-österreichischen Handelsvertrages acceptirt
mit dem Bemerken, daß Deutschland nicht in die

proponirte einjährige Abkürzung der Vertragsdauer willigen könne, bevor ein neuer Handelsvertrag zu Stande gekommen sei.

Paris, 10. Febr. Das „Journal officiel“ veröffentlicht die Ernennung des Deputirten Boëffin zum Polizeipräfekten von Paris. — Der Bericht des Handelsministers betreffend die Revision der Handelsverträge ist nunmehr veröffentlicht worden. In demselben wird hervorgehoben, daß die meisten Handelskammern sich für Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Tarife, vorbehaltlich gewisser Modifikationen in den Details, sowie für Substitution

von Schwungzonen um Stellen der Sorge zu verhindern, soweit es praktisch ausführbar ist, ausgesprochen haben.

Reichstag.

50. Sitzung vom 10. Februar.
Das Haus setzt die dritte Berathung der Straf-

Vizepräsident Hönel macht darauf aufmerksam,
dass, nachdem Abg. Sonnemann in der gestrigen
Sitzung den vom Abg. Frhrn. v. Rabenau zurückgezo-
genen Antrag auf Wiederherstellung der §§ 130 und
131 der Regierungsvorlage wieder aufgenommen habe,
über diesen Antrag noch abgestimmt werden müsse.
Beide Paragraphen werden hierauf einstimmig abge-
lehnt. Au die Stelle des in der zweiten Lesung abge-
lebten § 130a (Kanzelparagraph) beantragt Abg.
Völk folgende Bestimmung zu setzen: „§ 130a. Ein
Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in
Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines
Berufes öffentlich vor einer Menschenmenge, oder wel-
cher in einer Kirche oder an einem anderen zu religiö-
sen Versammlungen bestimmten Orte vor Mehreren
Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen
Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer
Verklärung oder Erörterung macht, wird mit Ge-
fängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft.
Gleiche Strafe trifft denjenigen Geistlichen oder ande-
ren Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in
Veranlassung der Ausübung seines Berufes Schrift-
stücke ausgibt oder verbreitet, in welchen Angelegen-
heiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden ge-
fährdenden Weise zum Gegenstand einer Verklärung
oder Erörterung gemacht sind“ (Der erste Absatz ist
der bisherige § 130a, der zweite Absatz der Regierungs-
vorlage entlehnt.)

Abg. Böll: Man sagt: der bisherige Kanzelparagraph hat nicht geholfen, denn er ist nicht zur Anwendung gekommen. Der Umstand, daß ein Strafgesetz gar nicht oder selten angewendet worden ist, spricht noch nicht dafür, daß er unmöglich sei, im Gegenteil der Paragraph, der am seltensten zur Anwendung kommt, erfüllt am besten seinen Zweck, denn der Zweck des Strafgesetzes ist, die Handlungen, gegen welche es gerichtet ist, abzuwenden. Diejenigen, welche seiner Zeit für den bisherigen Kanzelparagraphen gestimmt haben, müssen consequenter Weise auch für den zweiten Absatz stimmen. Derselbe sagt nichts anderes, als daß der Thatbestand des Art. 130 a. nicht blos durch mündliche Anerkennungen erfüllt werden kann, sondern auch durch Herausgabe oder Verbreitung von Schriftstücken. Die Ablehnung meines Antrages würde im Lande als ein Rückzug des Reichstags betrachtet werden, als ein Entstichseln der Regierung auf der bisher von derselben

mitgelassen der Regierung auf der bisher von der selben in kirchenpolitischer Beziehung verfolgten Bahn.

Abg. Windthorst: Der Reichstag hat bei der Berathung der Strafgesetznovelle bewiesen, daß er sehr wenig geneigt ist, das Strafgesetzbuch zu ändern, er hat besonders bewiesen, daß er die freie Meinungsäußerung nicht einchränken will. Dieser Tendenz entspricht der gegen die Kirche überhaupt gerichtete § 130a. keineswegs. Es bedeutet nichts anderes, als die Kirche unter Polizeiaufsicht stellen. Es ist nicht richtig, wenn man behauptet, der Reichstag gebe durch die Ablehnung des § 130a. seinen bisherigen Standpunkt auf, denn seine frühere Fassung bleibt ja bestehen. Freilich wäre seine Beseitigung ein Act großer politischer Weisheit. Möge der Reichstag sich fragen, ob es nicht besser wäre, stattdurch eine Verschärfung des § 130a die unserm Vaterlande durch den kirchenpolitischen Kampf geschlagenen Wunden noch weiter aufzureißen, dahin zu wirken, daß sich die Brüder desselben Landes endlich die Hand reichen.

reichen.
Abg. v. Sanden-Tarpitschen: Der letzte Gedanke des Abg. Böll betritt eine bei der Auffassung von Gesetzen höchst gefährliche Wahn, die wir nicht mitbeschreiten werden, nämlich statt sachlicher Erwägungen persönliche eintreten zu lassen. (Oho! in der liberalen Fraction.) Das geschieht, wenn man nicht nach seiner individuellen Erkenntniß stimmt, sondern aus Rücksicht darauf, daß nicht an einer dritten Stelle eine Auffassung eintrete, die nicht gut wäre. Der bisherige Paragraph ist schon eine Abnormalität; man könnte ihr zustimmen weil Geistliche sich berechtigt hielten, die Kanzel und ih-

Amt zu missbrauchen. In dem zweiten Absatz handelt es sich darum, daß Geistliche in Ausübung ihres Amtes strafbare Schriftstücke verbreiten. Die Geistlichen sind Bürger, und wenn sie dergleichen Schriftstücke verbreiten, sind sie wie jeder andere Bürger zu bestrafen. Der Ausdruck „den öffentlichen Frieden gefährden“ ist ein Kautschuk-Ausdruck. Die große Aufregung unter dem Volke aus Veranlassung der Strafgesetznovelle und der Reden der Herren Eulenburg, Hofmann und auch des Reichskanzlers ist durch die Beschlüsse des Reichstages wesentlich beseitigt worden, es ist eine Vernichtung der Gemüther eingetreten. Das Volk wird sich sagen, daß die in dem Reichstag aus den verschiedensten Kreisen sitzenden Männer besser wissen, wie es im Volle aussieht, als die Herren am Regierungstisch. Es hat sich in diesem Hause in der letzten Zeit eine gewisse Nervosität gegen die Presse geltend gemacht, ich bin nicht so nervös. Mich regen die Artikel der Organe der nationalliberalen Partei, welche uns den Vorwurf der Reichsfeindlichkeit machen, sobald wir der Regierung Opposition machen, in keiner Weise auf. Wir hatten ein gutes Gewissen, als wir die Regierung unterstützten, und haben es auch jetzt, wo wir in einem nicht gerade untergeordneten Punkte Nein sagen. Die deshalb zu erwartenden Angriffe werden bei unseren Wählern ebenso abprallen wie von uns. (Beifall.)

Bundescommisar v. Amberg: Die Erfahrungen der letzten Zeit haben auch dargelegt, wie gefährlich es ist, wenn Geistliche in Ausübung oder in Veranlassung ihres Amtes derartige Schriftstücke, wie sie hier unter Strafe gestellt werden sollen, verbreiten; und nur um die Verbreitung derartiger Schriftstücke handelt es sich. Gerade der Geistliche kann dadurch in besonders gefährlicher Weise den öffentlichen Frieden gefährden, weil er eine größere Autorität als andere Staatsbürger besitzt.

Abg. Wehrenpfennig: Ich will mich kurz und freundlich mit Hrn. v. Saucken aneinandersezken. Wenn es wahr ist, daß Blätter meiner Partei, die wir ja hier nicht vertreten können, Angriffe auf die Freunde und Gesinnungsgenossen des Hrn. v. Saucken machen wegen ihrer Abstimmung hier im Hause, so ist Niemand, der dies mehr bedauert als ich und alle meine Freunde. (Zustimmung.) Für solche Angriffe, die um so bedauerenswerther sind, als die verschiedenen Schattirungen des Liberalismus gerade heute die wenigste Ursache haben, sich zu bekämpfen (Sehr richtig!), dürfen Sie Niemanden mitschuldig machen, ebenso wenig, wie wir das bei ähnlichen Angriffen Ihrer Parteiorgane thun. (Sehr richtig.) Als ich neulich z. B. in einer bekannten Correspondenz die Rekrimination las, daß man von forschrittl. Seite gern weiter gehende Anträge in Bezug auf die mecklenburgische Civilehre gestellt hätte, daß aber die schwachmütigen Nationalliberalen, diese „Gütegenü“ und „Rechnungsträger“ natürlich für energische Maßregeln nicht zu gewinnen wären (Hört! Hört!), war ich der festen Ueberzeugung, daß die Leiter der Fortschrittspartei höchst unzufrieden sind mit dieser sehr unmangemessenen Art der Polemik. (Sehr richtig! links.) Der Abg. v. Saucken hat aber einzelne Ausdrücke des Abg. Bölk fälschlich dahin verstanden, als ob wir, während wir jachlich das Ding für gleichgültig hielten einer gewissen Person zum Gefallen dafür stimmten; — so etwas ist für uns überhaupt nicht möglich. (Lebhafter Widerspruch im Centrum.) Wir können Rückicht nehmen auf eine politische Situation, nicht aber blos auf zufällige Wünsche einer Person; ersteres ist die Pflicht einer politischen Partei. (Sehr richtig!) Man kann nicht einzelne Fragen losgelöst und unabhängig von der gesamten politischen Situation betrachten. Wenn der Abg. v. Saucken sagt, daß der

Geistliche, der in Ausübung seines Amtes durch Verbreitung von Schriftstücken den Frieden gefährdet, ja bereits als Bürger bestraft wird, so paßt diese Deduction auch auf den ersten Theil des Kanzelparagraphen, wenn auf den von der Kanzel herab aufzutreibenden Geistlichen die betreffenden Bestimmungen des Strafgeebuchs Anwendung finden. Die Deductionen des Abg. v. Saucken gehen also dahin, auch den ersten Theil des Kanzelparagraphen zu vernichten. Wollen Sie das nicht, so haben Sie auch die nicht widerlegt, welche heute für den zweiten Theil stimmen werden. (Beifall.)

Persönlich verwahrt sich Abg. Wölff dagegen, durch seine Ausführung Veranlassung zu den Unterstellungen des Abg. v. Saucken gegeben zu haben. — Abgeordneter v. Saucken bemerkt, daß er ungeschickte Neuerungen von Blättern seiner Partei ebenso wie die anderer missbillige. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Wölff wie die Zählung ergiebt, mit 173 gegen 162 Stimmen angenommen. (Dagegen Fortschrittspartei, Centrum, Polen, Sozialdemokraten und die Abg. v. Minnigerode, v. Maltzahn-Güllk, v. Szydlewitz, v. Gerlach, v. Schöning, Michaeli, Rässer.)

Die SS 144 (Verleitung zur Auswanderung), 292 (Jagdvergehen) und 367 (Aufbewahren explosiver Stoffe) werden genehmigt.
S 49a.: „Wer einen Anderen zur Begehung eines Verbrechens oder zur Theilnahme an einem Verbrechen schriftlich oder unter der Gewährung oder dem Ver-

...wer unter der Gewährung oder dem Verbrechen von Vortheilen auffordert, oder wer eine solche Aufforderung annimmt, wird, wenn das Verbrechen mit dem Tode oder mit lebenslänglicher Buchthausstrafe bedroht ist, mit Gefängniß nicht unter drei Monaten, wenn das Verbrechen mit einer geringeren Strafe bedroht ist, mit Gefängniß bis zu zwei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher sich schriftlich oder unter der Ausbedingung von Vortheilen zur Begehung eines Verbrechens oder zur Theilnahme an einem Verbrechen erbietet, sowie denjenigen, welcher ein solches Anerbieten annimmt." Hierzu beantragen die Abgg. Becker und v. Puttkamer (Frauenstadt) folgende Fassung: "Wer es unternimmt, einen Anderen zur Begehung eines Verbrechens oder zur Theilnahme an einem Verbrechen aufzutiften, (§ 48), wird, soweit das Gesetz nicht eine andere Strafe androht, 1) wenn das Verbrechen mit dem Tode oder lebenslänglicher Buchthausstrafe bedroht ist, mit Gefängniß nicht unter 3 Monaten; 2) wenn das Verbrechen mit einer geringeren Strafe bedroht ist, mit Gefängniß bis zu zwei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher einem Anderem gegenüber zur Begehung eines Verbrechens oder zur Theilnahme an einem Verbrechen sich erbietet, sowie denjenigen, welcher ein solches Erbieten annimmt; jedoch wird das lediglich

ansgedrückte Erbieten, sowie dessen Annahme nur dann bestraft, wenn das Erbieten an die Gewährung von Vortheilen irgend welcher Art geknüpft ist. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden." — Abg. Marquardsen: 1) Im Absatz 1 nach den Worten „annimmt, wird“, einzufügen: „soweit nicht das Gesetz eine andere Strafe androht.“ 2) In dem Absatz 1 die Worte „schriftlich oder unter der Gewährung oder dem Versprechen von Vortheilen“, sowie im Absatz 2 die Worte „schriftlich oder unter der Ausbedingung von Vortheilen“ zu streichen. 3) Im Absatz 2 statt „Anerbieten“ zu setzen „Erbieten“. 4) Als dritten Absatz Folgendes einzufügen: „Es wird jedoch das lediglich mündlich ausgedrückte Auffordern oder Erbieten, sowie die Annahme eines solchen nur dann bestraft, wenn die Aufforderung oder das Erbieten an die Gewährung von Vortheilen irgend welcher Art geknüpft worden ist.“ — Abg. Thilo, den Paragraphen dahin zu fassen: „Wer es unternimmt, einen Anderen zur Begehung eines Verbrechens oder zur Theilnahme an einem Verbrechen anzustimmen (§ 48) wird, soweit das Gesetz nicht eine andere Strafe androht, 1) wenn das Verbrechen mit dem Tode oder lebenslänglicher Zuchthausstrafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten; 2) wenn das Verbrechen mit einer geringeren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher einem Andern gegenüber zur Begehung eines Verbrechens oder zur Theilnahme an einem Verbrechen sich erbietet, sowie Denjenigen, welcher ein solches Erbieten annimmt. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.“

Nachdem der Abg. v. Schwarze das Ammendment Thilo kurz empfohlen, bemerkt Abg. Marquardsen, daß seine Ammendements nur eine Redaction der von ihm herrührende Fassung der zweiten Lesung sei. Es sei jetzt nur Schuldigkeit, ein von der deutschen Regierung der belgischen gegebenes Versprechen einzulösen. Ein gehender Wonne man sich bei einer allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches beschäftigen. Director v. Amsberg erklärt sich im Namen der Regierungen für den Antrag Thilo, eventuell für den Antrag Becker. Abg. Windthorst: Alles was man von uns verlangen kann, ist, daß wir das belgische Gesetz, wie es in der zweiten Lesung geschehen ist, nachmachen. Der Gegenstand gehört gar nicht in das Strafrecht, sondern liegt auf dem Gebiet der Moral. Minister Leonhardt bestreitet das Letztere entschieden. Abg. Lasker erklärt, für die Beschlüsse zweiter Lesung mit dem Ammendment Marquardsen stimmen zu wollen. Wenn der Abg. Marquardsen mit einer gewissen Freude einer halbigen weiteren und allgemeinen Revision des Strafrechts entgegenstellt, so wird wohl jeder, der die Berathungen diese Novelle durchgemacht, Deutschland und dem Reiche wünschen, daß Herrn Marquardsen diese Freude noch recht lange erwartet werden möge. (Sehr wahr!) — Nachdem der Abg. Reichenasperger sich nochmals gegen den ganzen Paragraphen und alle Ammendements erklärt, wird das Ammendment Thilo gegen die Stimmen der Rechten und das Ammendment Becker nach vorhergegangener zweifelhafter Abstimmung mit 171 gegen 159 Stimmen abgelehnt. (Dagegen die Fortschrittspartei, das Centrum, Polen, Socialdemokraten, Elßässer und ein kleiner Theil der Nationalliberalen, wie Lasker, Oppenheim, Bamberger, Wölzel, Rickert, Techow, v. Cuny u. a.) § 49 selbst wird mit den Marquardsen'schen Anträgen angenommen.

§ 287 a., der in zweiter Lesung abgelehnt worden war, wird vom Abg. Thilo in folgender Fassung wieder aufgenommen: „Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen Anderen durch Drohungen, durch falsche Vorstipplungen, durch Versprechen oder Gewähren eines Vortheils vom Mitbieten oder Weiterbieten bei einer öffentlichen Versteigerung abhält, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.“ — Nachdem der Antragsteller und ein Reg.-Commissar für, Reichensperger und Lasker gegen den Paragraphen gesprochen, wird derselbe abgelehnt.

§ 353 a.: „Ein Beamter im Dienste des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches, welcher die Amtser schwierigkeit dadurch verletzt, daß er ihm amtlich anvertraute oder zugängliche Schriftstücke oder eine ihm von seinem Vorgesetzten ertheilte Anweisung oder deren Inhalt Anderen widerrechtlich mittheilt, wird, sofern nicht nach anderen Bestimmungen eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu fünftausend Mark bestraft. Gleiche Strafe trifft einen mit einer auswärtigen Mission betrauten oder bei einer solchen beschäftigten Beamten, welcher den ihm durch seinen Vorgesetzten amtlich ertheilten Anweisungen vorsätzlich zuwiderhandelt, oder welcher in der Absicht, seinen Vorgesetzten in dessen amtlichen Handlungen irrezuleiten, demselben erdichtete oder entstellte Thatsachen berichtet. (Diese Vorschriften finden Anwendung ohne Unterschied, ob das Vergehen im Inlande oder im Auslande begangen worden ist.)“ Hierzu beantragt Abg. Marquardsen, den letzten Satz zu streichen. — Abg. Liebknecht befürwortet den Paragraphen, der die Politik in die Jurisprudenz, oder richtiger die Jurisprudenz in die Politik einführen solle. Mancher Staatsmann müßte, wenn seine Handlungen juristisch Rechtheit würden, als Verbrecher bestraft werden; dieser Paragraph ist daß codificierte l'Etat c'est moi, er ist eine juristische Monstrosität, der Wunsch eines einzelnen Menschen, der keine Meinung neben sich duldet und von seinen Untergebenen Radavergehorsam fordert. (Gelächter.) Ich kann, fährt Redner fort, den Versuch, uns diesen Paragraphen zu unterbreiten, nur mit dem Ausdrucke bezeichnen, den Fürst Bismarck gestern von unsern Bestrebungen gebraucht hat: er ist eine verbrecherische Thörheit! (Großer Lärm, Rufe: Zur Ordnung! Während der Redner die Tribüne verläßt, ruft er gegen die Abgeordneten, gewendet auf den soeben eingetretenen Reichsfanzler weisend aus:) Wen hat man je so schmählich denuncirt als uns gestern? (Lärm.) — § 353 a wird mit dem Amendement Marquardsen, welches der Antragsteller als lediglich redaktionell bezeichnet, angenommen.

§ 301 zahlt diejenigen Vergeuden auf, die im allgemeinen mit Haft bestraft werden; unter diesen wird unter Nr. 9 aufgeführt: „wer Kinder oder andere unter

seiner Gewalt stehende Personen, welche seiner Aufsicht untergeben sind und zu seiner Haushaltung gehörten, von der Begehung von Diebstählen, sowie von der Begehung strafbarer Verlehnungen der Zoll- oder Stenergesetze, oder der Gesetze zum Schutz der Fürsten, der Feldfrüchte, der Jagd oder der Fischerei abzuhalten unterläßt. Die Vorschriften dieser Gesetze über die Haftbarkeit für die den Thäter treffenden Geldstrafen oder anderen Geldleistungen werden hierdurch nicht berührt. In den Fällen der Nr. 9 kann statt der Haft aus Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark erkannt werden." — Abg. Lässer hält diese in der zweiten Lesung angenommene Fassung für zu weitgehend und beantragt deshalb, die Regierungsvorlage wiederherzustellen und demgemäß die Worte „von der Begehung von Diebstählen sowie“ zu streichen. — Abg. Windhorst tritt diesem Antrage bei. Jedes Kind habe in seinem Leben einmal einen Apfel oder eine Birne genommen, wolle man dafür jedesmal die Eltern zur Verantwortung ziehen, so komme man zu unendlichen strafrechtlichen Verfolgungen. — Abg. v. Bernuth beantragt, vor den Worten „Begehung von Diebstählen“ einzufügen: „gewohnheitsmäßigen“. — Abg. Friedenthal bittet in Übereinstimmung mit dem Abgeordneten v. Schwarcz bei der Fassung der zweiten Lesung stehen zu bleiben. Dieselbe sei aus einem allgemein gefühlten Bedürfnisse hervorgegangen. — Schließlich werden die Anträge Lässer und v. Bernuth abgelehnt und § 361 nach den Beschlüssen der zweiten Beratung genehmigt. — Die dritte Lesung der Strafgesetznovelle ist hiermit beendet.

Auf den Vorschlag des Abg. v. Benda werden die Abgg. v. Forcade de Viaix, Wehrenpfennig und Dünker in die zu verstärkende Reichsschulden-Commission durch Acclamation gewählt.

rechtl. Verfolgung wegen Beleidigung des Richter-
tages, ferner auch die Genehmigung einer strafrechtlichen
Verfolgung des Abg. Gauß, während der Dauer
der Session. — Die nächste Sitzung findet heute
Abend statt.

Danzig, den 11. Februar.

Die dritte Berathung der Strafgesetz-Novelle wurde gestern im Reichstage zu Ende geführt. Man hatte auf einigen Seiten erwartet, daß der Reichskanzler für die Ausdehnung des Kanzelparagraphen auf geistliche Schriftstücke (130a.) eintreten und die Zusammenarbeit mit Windthorst vom vorigen Tage fortsetzen werde; diese Erwartung wurde jedoch getäuscht. Fürst Bismarck erschien erst spät in der Sitzung und nahm an der Debatte überhaupt nicht Theil. Der Abg. Völk nahm den in zweiter Lesung abgelehnten Paragraphen wieder auf und begründete dies damit, daß die Ablehnung der praktisch kaum ins Gewicht fallenden Bestimmung als eine materielle Schwächung in der bisherigen Kirchenpolitik dargestellt worden sei. Der Abg. v. Saucken-Tarpitschen meinte aus dieser Argumentation entlehnern zu müssen, daß die nationalliberale Partei sich auf die abschließige Bahn begeben habe, ihre politischen Entschließungen nicht lediglich nach ihrer Überzeugung, sondern nach den Wünschen einzelner Personen zu fassen, mußte sich jedoch von dem Abg. Wehrenpfennig darauf aufmerksam machen lassen, daß der Abg. Völk durchaus nicht eine Rücksichtnahme auf Personen, sondern nur auf die politische Gesamtlage im Auge gehabt habe.

Der Paragraph wurde mit geringer Majorität, die Paragraphen Duchesne und Nünim mit nur redaktionellen Abänderungen angenommen.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die vorgebrachten Aeußerungen des Fürsten Bismarck in Bereff der Friedfertigkeit der deutschen Politik und der gleichwohl gegen sie gerichteten Entstellungen und Verdächtigungen nicht bloß einen retrospective Charakter, sondern zugleich den Zweck hatten, Angesichts der gegenwärtigen Lage und gewisser Velleitungen an auswärtigen Höfen in Bezug auf die orientalischen Dinge die eminente Friedfertigkeit Deutschlands hervorzuheben. Es könnte ja vielleicht in nicht ferner Zeit die Aufgabe an das Deutsche Reich herantreten, welche der Feldmarschall Graf Moltke dahin bezeichnete, daß Deutschland stark genug sein müsse, um den Frieden gebieten zu können. Schwerlich ist anzunehmen, daß Fürst Bismarck auf die Kriegsgerichte im vorigen Frühjahr ohne eine solche Beziehung auf die Gegenwart zurückgekommen wäre, wenngleich es ihm im öffentlichen Interesse geboten erscheinen möchte, die mancherlei persönlichen Intrigen, welche damals mitgespieltien, vor dem Forum des Reichstages klar zu legen. In dieser Hinsicht haben die Andeutung von nach außen gerichteten Privatcorrespondenzen hoher Personen, welche dem Abg. Windhorst politisch näher ständen als dem Reichskanzler, besonderes Aufsehen erregt. Auch die Diplomaten, welche damals aus trüber Quelle schöpften und vielleicht auch nicht wohlwollend genug gegen das Reich gestellt waren, um die wirkliche Lage unbefangen zu beurtheilen, waren für die Zuhörer genügend gekennzeichnet. Direct allerdings ließ sich Fürst Bismarck auf die orientalische Frage nicht ein, sondern wies eine solche Zumuthung mit einer humoristischen, von dem Hause mit allgemeiner Heiterkeit begleiteten Wendung ab; aber er erklärte doch, daß schon die Geographie einen Jeden belehren könne, daß wir Deutschen die Leipziger seien, die durch den Orient in Kriegsgefahr gerathen könnten.

Tellkampf, der ebenfalls Mitglied des Ausschusses des Congresses deutscher Landwirthe war, hat auf die Nachricht von dem Austritt der Herren Fürst Hohenlohe-Langenburg, v. Rabenau, Scipio und Papst sofort auch seiner-

seits den gleichen Entschluß gefaßt, da mit dem Rücktritt jener Herren jede Bürgschaft geschwunden sei, in dem Ausschuß noch nützlich wirken zu können.

In offiziösen Correspondenzen wird wiederholt bestätigt, daß in der Eisenbahn-Angelegenheit des Beschlusses des Staatsministeriums noch nicht vorliegen; es sei aber wahrscheinlich, daß eine bezügliche Vorlage an den Landtag gerichtet werden würde, welche die Ermächtigung zu Unterhandlungen mit dem Reich wegen Übergang der preußischen Staats-Eisenbahnen und des Hohheitsrechts über die Privat-Eisenbahnen an das Reich ertheilen soll. Die Erwerbung der Privat-Eisenbahnen und Centralisation der Staats-Eisenbahnen im Reich bleibt zur Zeit noch außer Betracht.

Rußland hat wieder eine Institution besetzt, welche den Osteuropäerinnen eine besondere Stellung verleiht und diese Provinzen zu gleich mit einander in gewisser Weise verband. Nach dem vor Kurzem erfolgten Tode des General-Gouverneurs, Fürsten Bagration, ist soeben das Generalgouvernatur der Osteuropäerinnen aufgehoben.

Verbriefte polnische Blätter melden, daß der

Papst ein Handschreiben an den Kaiser von Russland gerichtet hat, worin er demselben die an den Unruhen begangenen Gewaltthaten in strengen Worten vorwirft, die Strafe Gottes dem kaiserlichen Hause androht und den Czaren selbst vor das Gericht Gottes und das der Geschichte ruft. Vom Cardinal Antonelli soll dieser Brief durch Vermittelung einer hohen Persönlichkeit dem Czaren überbracht und gerade bei dem St. Georgs-Ordensfeste in Petersburg eingehändigt worden sein. Selbst der ultramontane „Kurz-Bon.“ zweifelt nicht an der Wahrheit dieses Fazitums; er schreibt: „Wie einst der große Vorgänger Pius IX. dem Kaiser Nicolaus in strengen Worten die Ungerechtigkeit und die Gewaltthaten zum Vorwurf mache, die an dem (polnischen) Volke begangen wurden, das sich unter seinem Scepter befand — so erinnert heute der Nachfolger Gregors den Sohn des Kaisers Nicolaus daran, daß über den Königen noch ein anderer allmächtiger Herrscher ist, der auch von ihnen Rechnung und Strafe für das an seinem Volke begangene Unrecht fordert. O, daß doch die Stimme des Vaters von Millionen das Herz des Herrschers des Nordens zerknirschen möchte!“

Großes Aufsehen und auch Besorgniß erregt in Frankreich die Entlassung des Polizeipräfector von Paris, Léon Renault. Was das große Publikum besonders in Sorge versetzt, ist der Umstand, daß man gewohnt war, die beste Bürgschaft gegen jeden Gewaltstreich darin zu sehen, daß ein so gemäßigter und besondern den Bonapartisten feindlicher Mann die Polizeipräfectorinne hatte. Von offiziöser Seite wird als Grund des Rücktrittes angegeben, daß dem Präfector seine Candidatur in der Seine-Öste unvereinbar mit seiner amtlichen Stellung erschienen sei. Der wahre Grund der Entlassung ist jedoch die Weigerung Renault's, das Schreiben Valentin's (siehe unsre gesetzige Pariser $\times \times$ -Correspondenz) zu desavouieren, wie Buffet von ihm gefordert. Die Besorgnisse, welche diese Maßregel wachgerufen, werden dadurch vermehrt, daß die Abteilung für allgemeine Sicherheit von der Polizei-Praefetur getrennt und wieder dem Ministerium des Innern unterstellt werden soll. Renault's Nachfolger, Voisin, war als Abgeordneter Mitglied des clericalen und halb orleanistischen, halb bonapartistischen rechten Centrums und zur Zeit des deutsch-französischen Krieges Staatsanwalt in Melun, woselbst er sich in einer Weise benahm, daß er nach Deutschland geschafft und bis zum Friedensschluß interniert wurde. Die Bonapartisten jubeln, alle andern Parteien sind in Sorge. Selbst der „Moniteur“ bemerkte noch soeben: „Wir können an die Entlassung Renault's nicht glauben; sie würde die Freunde der Verfassung und des Marschalls tief betrüben.“ Das orleanistische Journal de Paris sagt: „Léon Renault giebt sein Amt als Polizeipräfector auf, das er mit so großer Entschlossenheit und so vielem Tact seit vier Jahren vertragen. Es wird schwer sein, ihn zu ersetzen. Renault wird nur die Vermaltung verlassen, um in die Politik einzutreten, da seine Wahl in Corbeil gesichert ist.“

Das englische Cabinet hat nunmehr die Correspondenz über den Ankauf der Suezactionen veröffentlicht und dem Parlamente vorlegen lassen. Dieselbe beginnt mit dem 15. November 1875 und schließt mit dem 8. Januar d. J. In 56 Actenstücken werden die Détails der Unterhandlungen wegen des Ankaufs und das Arrangement mit dem Hause Rothschild mitgetheilt. Das Geschäft wurde am 23. November puncut und am 25. abgeschlossen. Der Kaufpreis beträgt nicht volle 4 Millionen, da an den ursprünglich verhandelten 776 492 Actionen 1040 fehlten und ein proportioneller Abzug zu machen ist. Die fünfsprozentige Vergütung ist durch Verpfändung der Staatsrevenuen mit erster Priorität verbürgt. Rothschild erhält $\frac{1}{2}$ Proc. Provision und fünf Prozent Zinsen bis zur Eilegung des Geldes. Außerdem wird ein Schreiben des englischen Botschafters in Berlin, Lord Otto Kassel, veröffentlicht, in welchem dieser mittheilt, Fürst Bismarck habe bei der Anzeige von dem Ankauf der Suezcanal-Aktionen sich sehr beßiglich über diese Operation ausgesprochen und dieselbe aufrichtig gebilligt. Fürst Bismarck begrüßte Lord Derby, daß die englische Regierung in Bezug auf den Suezcanal das rechte Ding im rechten Momente gehabt habe. Der Ankauf der Canalaktionen habe als eine weitere wichtige Garantie für die Wahrung des europäischen Friedens seine volle Billigung. Sir A. Paget zeigte in einer Despatch aus Rom vom 3. Dezember d. J. an, Bisconti-Venosta habe sich in der günstigsten und freundlichsten Weise über Englands vergrößerten Einfluß im mittel-ländischen Meere gefaßt und hinzugefügt, es freue ihn das nicht blos wegen der Dienste, die England f. R. Italien geleistet habe, sondern auch mit Rücksicht auf allgemeine Erwägungen bezüglich der künftigen Gestaltung der Verhältnisse. Der Botschafter Eliot in Constantinopel berichtete am 8. Dezember, daß Raschid Pascha am Tage vorher über den Ankauf der Aktionen sich dahin geäußert habe, daß die durch diesen Zwischenfall ursprünglich verursachte Aufrregung gänzlich verschwunden sei. Der Botschafter Buchanan in Wien zeigte mittels Despatch vom 16. Dezember an, Graf Andrássy habe sich ihm gegenüber dahin ausgesprochen, er sei

überzeugt, daß der Ankauf der Aktionen dem österreichischen Handel die nämlichen Vortheile wie dem englischen Handel bringen werde und er könne deshalb den Ankauf der Aktionen nur mit Befriedigung betrachten. Seiner Ansicht nach gebe es im europäischen Osten und Westen keine Frage, in welcher die österreichischen und englischen Interessen nicht identisch wären. Lord Derby ließ den vorgenannten Regierungen den besonderen Dank der englischen Regierung für ihre bezüglichen Äußerungen ausdrücken.

Wie weiter aus der Correspondenz hervorgeht, machte der Khevine am 25. November v. J. das Anerbieten, daß ihm zustehende (Gründer-) Recht auf 15 % von den Nettoeinnahmen des Suezcanals in England zu verkaufen. Nunber Pascha redete zu, Derby aber lehnte das Anerbieten ab, weil es ein reines Speculationsgeschäft war, und verlangte Aufschub bis nach Care's Ankunft und Sicherheit gegen eine Minderung des Aufsichtsrechts des Khevines über den Canal, weil dieselbe dem Ferman der Pforte widerstreiten würde. Der Khevine gewährte den Aufschub und verbürgte die volle Wahrung seines Rechtes.

Deutschland.

Δ Berlin, 10. Februar. Noch heute Vormittag war es zweifelhaft, ob es thunlich sein möchte, den Reichstag heute zu schließen und man war bereits darauf vorbereitet, den Schluß erst morgen einzutreten zu sehen. Gleichwohl hatte das Bureau des Hauses die Fürsorge getroffen, die Eisenbahn-Direction darauf vorzubereiten, daß die Nachzüge mit hinreichenden Waggons versehen sein möchten, um den Abgeordneten noch diesen Abend die Rückreise zu ermöglichen. Eine längere Abendstzung war von vorn herein wegen des Ballfestes ausgeschlossen, zu welchem der Kaiser eine große Anzahl von Abgeordneten in das Königl. Schloß geladen hatte. Die Schlusssitzung dieser Session wird demnach heute Abend nur einen rein formellen Charakter tragen und von kurzer Dauer sein. — Im Abgeordnetenhaus beginnen bereits die Arbeiten der Gruppen für den Staatshaushalt in lebhafterem Fluß zu kommen. Heute beschäftigte man sich mit dem Cultusministerium und erlebte ziemlich anstandslos den größten Theil des Etats. Fraglich bleibt es immer, wie es mit den evangelischen Confirmanden und dem Oberkirchenrat werden wird, da für diese Erhöhung beansprucht sind. Hier und da gibet man sich ernstlich der Annahme hin, in zwei bis drei Wochen, also in einer bis dahin unerhörten Zeit, den Etat durchzuberathen; andrerseits macht man indessen geltend, daß ein nicht unerwähnter Theil des Budgets von der Erledigung der Synodalgesetze abhängig bleibt. Die beschleunigte Vorlegung derselben wird also dadurch an Bedeutung gewinnen.

* Die vom Könige bestätigten Landesdirectoren der fünf östlichen Provinzen sind: v. Lebeschow (Brandenburg), Ritter (Preußen), v. Heyden-Linden (Pommern), Graf Pückler (Schlesien) und Graf Winzingerode (Sachsen).

— Der Abg. Gneist ist wieder in die Justiz-Commission des Reichstags eingetreten, aus der bekanntlich wegen Niederlegung des Mandats ausgeschieden war.

— Die für den Parlamentsbau eingesetzte Reichstags-Commission wollte der „Post“ zufolge gestern bereits zusammentreten, um sich über die geschäftliche Behandlung der Sache zu verständigen. Man beabsichtigte, zu beantragen, an die preußische Regierung das Erfuchen zu richten, den Bau des Erwerbemuseums zu sistiren, sowie eine Anfrage an den Besitzer des v. Decker'schen Grundstücks zu stellen, ob dasselbe für Reichszwecke lästig sei.

— Zur jüdischen Gemeinde-Verfassungsfrage hat jetzt der Ausschuß des israelitischen Gemeindebundes in Leipzig den preußischen Minister des Innern und des Cultus eine mit ausführlichen Motiven versehene Petition zur Vertheidigung des einheitlichen Rechtsverbandes der jüdischen Gemeinde zugestellt. Das Petition geht dahin, daß, wie bei der Einführung des Judengesetzes vom 23. Juli 1847 eine Befragung jüdischer Vertrauensmänner stattgefunden, jetzt bei der Aufhebung desselben und der Neugestaltung der jüdischen Gemeindeverhältnisse, bevollmächtigte Vertrauensmänner aus den jüdischen Gemeinden des preußischen Staates gehört werden mögen. Die Petition soll auch der „N. Z.“ zufolge dem preußischen Landtage zugestellt werden.

— Die Conferenz der Delegirten der sechs See-Uferstaaten hat die erste Sitzung über die Frage, ob und wie See-Unfälle untersucht werden sollen, beendet und wird jetzt das gewonnene Material gesichtet, um dann in die weitere Bearbeitung einzutreten. Lagen auch bestimmte Entwürfe für die Lösung der Frage nicht vor, so hatte doch der Vertreter des preußischen Handelsministeriums, Geh. Ober-Regierungsrath Wendt, selbständig eine Reihe von Grundzügen zur Klärung des Gegenstandes festgelegt, welche zur Orientirung über die Frage wesentlich beitragen. Das bisherige Resultat der Verhandlung hat allerdings nicht das Bedürfnis und die Notwendigkeit der Bildung einer obersten Seebehörde ergeben, indeß kann es später Sache des Reichstages sein, selbständig die Initiative für die Schöpfung einer solchen Reichsbehörde zu ergreifen, wenn nicht der Bundesrat vorher durch eine entsprechende Vorlage Stellung genommen hat. Über die Bildung von Seegerichten, wie sie die Delegirten der Conferenz sich denken, liegen allerdings noch keine leichten Beschlüsse vor, doch hat man sich bereits in erster Sitzung dahin ausgesprochen, je für einen bestimmten Bezirk Seegerichte aus einem juristischen Vorsitzenden und vier sachverständigen Räutern zu bilden. Die Kompetenz zur Untersuchung soll sich richten örtlich nach dem Hafen, in dessen Nähe eine Strandung vorfällt, außerdem nach dem Hafen, in welchen ein Schiff nach einem Unglücksfalle einläuft, endlich auch nach dem Heimatshafen des Schiffes, wenn es auf der Reise geblieben ist. Eine ausführliche Verhandlung knüpft sich an die Recurs-Instanz — ob solche im Reichskanzleramt endigen soll, da in diesem Falle auch eine oberste Seebehörde gewiß mit der Erledigung des Recurzes betraut werden müßte. Man zog es jedoch vor, den Recurs bei einer Landesbehörde zu suchen und führte auch als Motiv an, daß in solchem Falle die Beugen, welche bei längerer Dauer der Recurserledigung vorausgesetzt in Verfolgung

ihres seemannischen Berufes abwesend sein würden, noch einmal zur Vernehmung leichter vorgesetzten werden könnten. Das Berathungsmaterial soll nach seiner Sichtung übrigens gebrückt und voröffentlicht werden, was jedenfalls nur genehmigt werden kann.

Oesterreich-Ungarn.

Post, 9. Februar. In einer heute abgehaltenen Conferenz von Mitgliedern der liberalen Partei des Unterhauses legte der Ministerpräsident Coloman o. Tisza einen Gesetzentwurf über die Inarticulierung der Verdienste Deal's in die Gesetzbücher des Landes, sowie über die Errichtung eines Monuments zu Ehren Deal's im Wege der Nationalsubscription vor. Derselbe wurde von der Conferenz unter lebhaftem Beifall genehmigt.

Lemberg, 8. Februar. Dem „Dziennik Polski“ zufolge hat Cardinal Ledochowski den galizischen Gesinnungen offen telegraphisch angezeigt, daß er auch Krakau und Lemberg besuchen werde. Die Cleriken bereiten schon jetzt zahlreiche Orationen für ihn vor.

Frankreich.

$\times \times$ Paris, 8. Februar. Das Amtsblatt bedroht heute diejenigen Blätter, welche falsche Gedanken über Heeresrüstungen u. dgl. in Umlauf gegeben werden, mit gerichtlicher Verfolgung. Die Warnung ist gegen die „Union“ und das „Bien public“ gerichtet, welche behauptet hatten, daß für die Epoche der großen Manövers ein ganzes Armee-corps mobil gemacht werden sollte. — Im heutigen Ministrerrath hat man über das Ceremoniell beim Zusammentritt des Senats und der neuen Nationalversammlung berathen. Entgegen der Ansicht der Permanenz-Commission, welche die Übertragung der legislativen Gewalt von einer Kammer an die andere mit einer gewissen Feierlichkeit vorzunehmen wissen will, wünscht die Regierung, dies Ceremoniell möglichst einfach zu gestalten. Es war auch von einer Botschaft die Rede, aber man hat darüber noch nichts beschlossen. Buffet verlas ferner, wie es heißt, ein Rundschreiben, welches wiederholte Ausstellungen Dufaure's und Leon Say's hervorrief. — Wenn die „France“ gut berichtet ist, so hat der Duc de Broglie seine Ernennung zum Senator nicht dadurch bezahlt, daß er seine Anhänger für le Roncière le Boury stimmten ließ, sondern er hat sich auch verpflichten müssen, die Candidatur des Bonapartisten Janvier de la Motte für die Nationalversammlung zu unterstützen.

Rom, 9. Februar. Durch königliches Decret wird die italienische Gefandtschaft in Stuttgart aufgehoben. — Cardinal Antonelli befindet sich heute besser. — Der spanische Botschafter bei der päpstlichen Curie, Cardenas, wird gegen Ende dieser Woche seine Creditine überreichen. (W. T.)

Italien.

— Aus Saint-Etienne wird geschrieben, daß es trauriger als je dort aussieht. Man hat einstweilen darauf verzichten müssen, die Leichen, die noch in der Grube Saint-Jean liegen, an's Tagelicht zu befördern, da in der Grube ein Brand ausgebrochen ist. Mac Mahon und die Ministerien haben neue Hilfsgelder geschickt. Die Subscriptions in Paris nehmen guten Fortgang.

Nußland.

Warschau, 7. Februar. Gestern fand der feierliche Übertritt der hiesigen griechisch-uniriten Gemeinde zur russischen Kirche statt, wobei auch die bereits nach russischem Ritus umgestaltete Kirche als solche im Beisein des hiesigen Eparchen Leontius eingeweiht wurde. Die nicht sehr zahlreichen Deputirten der Gemeinde haben sich nach beendigtem Goitesdienste in die Wohnung des Eparchen, und hier fand die Unterzeichnung des auf die Aufnahme der letzten uniriten Gemeinde in den Schoß der russischen Kirche beigefügten Aktenstücke statt. Der Bruderluß und ein Glas Wein bestiegelten demnächst diesen Act nach welchem heute die griechisch-unirite Kirche in Congrespolen formell schon der Geschichte angehört, während sie in Wirklichkeit wohl noch viele Decenien ihre Belänner haben dürfte und sich nur langsam das russische Element und dessen Geist bei den gewesenen Uniriten acclimatisiren wird. (S. 3.)

Türkei.

Aus Konstantinopel v. 8. Februar telegraphiert man der „Ostsch. Ztg.“. Vorgekenn Richts wurde die aus Gradisca flüchtende christliche Bevölkerung, circa fünfhundert Köpfe stark, bei Jelovac von türkischem Militär überfallen und zurücktransportirt. Die Familienhäupter wurden in Bredor eingesperrt. In der letzten Nacht kämpften die Insurgenten unter Lazo Midragovic bei Babincic gegen die Türken; die Besitzung des Mehmed Aga Gyanegic, sowie große Bourage-Vorräthe für die türkische Cavallerie wurden verbißt.

Rumänien.

Bularest, 10. Februar. Costaforu ist zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Stat zum Finanzminister ernannt worden. (W. T.)

Wien.

Wien, 11. Februar. * (Traject über die Weichsel.) [Nach dem Aushang auf dem Bahnhofe der Östbahn.] Culm-Terespol: Bei Tag und Nacht mit Fuhrwerk über die Eisdecke. — Warthlien-Graubenz. Bei Tag und Nacht mit Fuhrwerk über die Eisdecke. — Czerwinski-Marienwerder: Bei Tag und Nacht mit Fuhrwerk über die Eisdecke.

* Wir erinnern daran, daß die Borräthe an Wasser geworden waren, wollte man die Möbel natürlich nicht mehr zurückliefern, sondern verkaufe dieselben, und u. A. führte es der Zufall, daß die ehemalige Braut's mehrere Stücke dem Tischlermeister J. selbst zum Kauf anbot. Durch diesen wurde nun sofort Varm geschlagen, die Polizei entwidete ihre Thätigkeit und mit so gutem Erfolge, daß sowohl die sämtlichen Diebe, als auch die Hohler, einschließlich einer Trödelin, welche einige Sachen von H. gekauft hatte, dingfest gemacht werden konnten. Von der Schulden der letzten Angestellten konnte jedoch der Gerichtshof nicht die volle Überzeugung gewinnen, da sie die Sachen, von deren unrechtmäßigen Erwerb sie nichts wußte, zu landläufigen Preisen erstanden hatte. Dagegen wurde der Tischlergeselle Hohendorff zu 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust, dessen ehemalige Braut zu drei Tagen Gefängnis, zwei bei der Affaire beteiligte Tischlermeister zu 2, bzw. 1 Monat Gefängnis und ein bürgerlicher Maler als der Hohler schuldig zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt. — Auf dem Gut Willenberg ist am Montage eine Arbeiterfrau in das im Gange befindliche Getriebe einer größeren landwirtschaftlichen Maschine geraten und dort vollständig zermalmt worden. Seit Kurzem hat sich hier ein Taubstummenschein in gebildet, dessen monatlich stattfindende Versammlungssitzungen durch Belehrungen, Vorlesungen einer Zeitschrift für Taubstumme, kleine Mittheilungen und geselliges Beisammensein ausgefüllt werden sollen. Man hat sich dazu an vergewaltigten, daß die aus der hiesigen Anstalt entlassenen Jünglinge meistens bei hiesigen Handwerkmeistern in Lohn und Arbeit treten, gern aber noch unter sich zusammenzutreffen, umso mehr, als ihnen die Unterhaltung unter sich die ergiebigste und interessanteste ist. Die Lehrer des hiesigen Taubstummen-Instituts sind in dem Verein gern gesuchte Gäste und auf sie ist wohl zunächst der Zweck der Tendenz des Vereins „Belehrung“ zurückzuführen. Augenblicklich gehören dem Verein 15 Mitglieder an, die sämtlich in den Aufschluß derselben an den Centralverein für das Wohl der Taubstummen in Berlin gewilligt haben.

C. Aus dem Kreise Stuhm, 10. Februar. Am 21. v. Mis. fiel der verheirathete Knecht Jacob Schieber beim Dungfahren auf dem Hofe des Gemeindewirthebers und Befleths Krowert in Teleshof durch eigene Unvorsichtigkeit so unglücklich vom Wagen, daß er das Genick brach und auf der Stelle tot war. — Am 7. d. Abends gegen 8 Uhr wurden die Gebäude des Besitzers Johann Müller zu Ziegelsbrunn ein Raub der Flammen. Das Feuer brach in dem Schuppen und Stallgebäude, welches mit dem Wohnhause unter einem Dach stand, aus. Nur die Pferde und das Kindvieh konnten gerettet werden; fünf Schweine und das sämtliche tote Inventarium, sowie das Mobilier im Wohnhause verbrannten. Gebäude und Mobilier sind in der Marienburg-Niederungen Feuer-Societät nähig verkehrt. Die Müller's Chelente hatten vor einigen Tagen mit einem Landstreicher Streit, der die Neuerung gethan haben soll: „Ihr sollt an mich denken.“ — Am 8. d. kam die Marie Kowalska, 45 Jahre alt, bei der Dreschmaschine auf dem Hofe des Hofbesitzer Sustus'chen Gehöfts zu Willenberg durch eigene Unvorsichtigkeit zu Tode. — Am 9. d. früh wurde im Majewski'schen Gasthause zu Neumark ein Mann auf der Stren tot vor-

gefunden, der am 7. M. Abends dort eingetroffen war. Über die Person und die Verhältnisse dieses Mannes hat sich noch nichts feststellen lassen; der Staatsanwalt schafft ist Kenntnis gegeben.

Schwed. 9. Febr. Die schon seit einem Menschenalter schwedende Translocation-Angelegenheit unserer Altstadt auf das linke Weichselufer, von der wir wiederholst an dieser Stelle Erwähnung gethan, befähigt momentan mehr denn zuvor die Gemeinde der Translocanten. Wie bekannt, wurde von den Ministern des Innern und der Finanzen neuerdings der Stadtgemeinde die erfreuliche Nachricht, daß der selben Seitens des Staates zur Errichtung eines neuen Rathauses mit Säulen und Gefängnisraum, sowie zur Einweihung, Trockenlegung und Pfasterung des Marktplatzes und der Straßen der Neustadt die erforderlichen Mittel in der Höhe von 108.000 M. als Darlehen und zwar auf fünf Jahre völlig zinsfrei und nach dieser Zeit mit 3% Zinsen und 2% Amortisation, außerdem 90.000 M. als Bauprämie bewilligt, welche letztere in drei Raten je 30.000 M. gezahlt und wovon die erste Rate bereits auf den Entwurf des Staatsbaupräts. Etat pro 1876 gebracht sei. Diese Nachricht, obwohl mit großem Dank entgegen genommen, befriedigte nicht ganz und beschloß man, zur Erlangung noch günstigerer Bedingungen keine Mühen und Opfer zu scheuen. Von competenten Seite wurde den Vertretern der Stadt der Vorschlag gemacht, noch eine Deputation nach Berlin zu schicken; möglicherweise gelinge es derselben an entscheidender Stelle, wenn möglich bei Sr. Majestät dem Kaiser und König in der Angelegenheit vorstellig zu werden und günstigere Bedingungen bezüglich der zinstrreuen Zeit und der Höhe der Bauprämie zu erlangen. Demzufolge begab sich denn auch eine aus drei Bürgern der Stadt bestehende Deputation nach Berlin und ist bereits wieder in unsere Mauern zurückgekehrt. Nach dem in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung erstatteten Bericht, entsprachen die Resultate keineswegs den gebeugten Erwartungen der Versammlung. Der Nothstand wurde anerkannt, aber keine bestimmte Aussicht auf Abhilfe erhofft. Vor der Hand müsse erst die Bewilligung der obigen Summen Seitens des Landtages abgewartet werden und seien dann weitere Schritte zur Erlangung günstigerer Bedingungen möglich. Die Möglichkeit ist also noch immerhin nicht ausgeschlossen, daß unsrer mit mancherlei Calamitäten kämpfenden Stadt noch eine Vergünstigung Seitens des Staates zu Theil werde. Die Überberedlung wurde dadurch wesentlich erleichtert und der Ausbau in wenigen Jahren einen erfreulichen Ausgang nehmen. — Vor einigen Tagen wurde ein siebenjähriger Knabe aus der im diesseitigen Kreise gelegenen Ortschaft Tremplin in das hiesige Gerichtsgefängnis eingebrochen, der beim Verluste, die Scheune eines dortigen Besitzers in Brand zu stecken, ergriffen wurde. Was den jugendlichen Verbrecher zu dieser That bewogen, wird die eröffnete Untersuchung wohl ergeben. — Der hier seit vielen Jahren bestehende Liebertafel hat sich ein Verein für gemischten Chor angeschlossen. Beide Vereine beabsichtigen Ende dieses Monats ein Gesangs-concert zu veranstalten, dessen Programm ein sehr reichhaltiges und gut gewähltes und Sangessfreundem einen seltenen Genuss verspricht. Auch an unsrer Liebertafel ist nunmehr Seitens des Comit's des diesjährigen Provinzial-Sängerkonvents in Königsberg die Einladung zur Theilnahme an denselben ergangen. — In der gestern stattgehabten ersten diesjährigen Stadtverordneten-Versammlung wurden die neu gewählten sechs Stadtverordneten, von denen vier bereits früher der Versammlung angehörten, eingeführt und auf ihr neues Amt verpflichtet. Das Bureau des vorigen Jahres wurde wiedergewählt. — Für den hiesigen Stadtbezirk sind als Waisenräthe ernannt und in Function gebracht: Kreis-Gerichts-Sekretär a. D. Hoffmann für den ersten Bezirk, bestehend aus den Altstadt-Schwed., der Gedwabka-Zuraw- und Wolfskümpfe, sowie städt. Gingowko; Maler Bandlow für den zweiten Bezirk, bestehend aus der Neustadt Schwed. nebst Abbauten, Gubd. und Neugub.

Königsberg, 11. Febr. Die schon gemeldete Genehmigung der statutarischen Bestimmungen für den Provinzialverband der Provinz Preußen wird jetzt im hiesigen Amtsblatte amtlich publiziert. — Der gestern vor der Criminaldeputation des Königl. Stadtgerichts wider die Herren Grigatis, Arnoldi und Herbig geführte Prozeß wegen Lebtreitung des Vereins-Gesetzes in Beziehung auf den geschlossenen social-demokratischen Arbeiterverein, endete nach 3½ stündiger Verhandlung mit der gegen den Auftrag des Staatsanwalts erfolgten Freisprechung der Angeklagten Seitens des Gerichtshofes. — Bissher ist die von Hrn. Ewald-Döring an dem Herrn Legien hier selbst am Fließe eingerichtete Hühnerbrüste-Auktions noch ohne alle Resultate. Obgleich bis jetzt noch mehrfach mit Eiern belebt wurden, entwideln sich erst in zwei derselben die Jungen, die jedoch kaum ausgekommen, starben. Herr Legien hofft jedoch bei größerer Erfahrung und angestrebten Aufmerksamkeit auf bereinstiges Gelingen seines Unternehmens. (R. H. B.)

<< Königsberg, 10. Febr. Der Wohnungsverein, im Herbst 1874 gegründet, ist in der Auflösung begriffen und beginnt bereits die Liquidation der Gesellschaft. Das war vorauszusehen. Die Idee an sich war ganz lobenswerth, aber in der Praxis nicht durchführbar. Das Hauptinteresse an der Beschaffung billiger Wohnungen haben, wie es in der Natur der

(R. H. B.)

Sache liegt, vorzugsweise die Besitzlosen. Diese sollten die Mittel aufbringen Häuser zu bauen, also Besitzer zu werden. Das war nur bei Behebung von ungeheurem Massen zu erreichen und um diese Behebung herbeizuführen, war jedem der Beitrag zum Verein gestattet, der monatlich 1 M. Beitrag zahlte. Trotz dieser günstigen Bedingung ist ein Massenbeitritt nicht erfolgt und da nicht die geringste Hoffnung vorhanden ist, daß die Theilnahmebereitschaft anhält, so löst sich der Verein auf. Fast gleichzeitig mit der Gründung dieses Vereins war die eines anderen mit gleicher Tendenz von anderer Seite in's Auge gefasst, wobei von dem Gebiet ausgingen war, die großen Arbeitgeber mit in's Interesse zu ziehen. Es ist auch mit den Directionen des Festungsbau's und der Eisenbahnen bereits hierüber korrespondirt und als diese mittheilen, daß sie für Wohnungen ihrer Arbeiter durch Barackenbau bereits gefordert hätten, glaubte man die brennende Frage in so weit erledigt, daß man die Herren Fabrikbesitzer mit den unbestreitbaren Gedanken über das Wohl ihrer Arbeiter nicht weiter belästigen dürfe. So bat sich auch diese an sich gewiß fruchtbringende Idee wieder im Sande verlaufen. Da wir einmal bei der Wohnungfrage verweilen, sei hier wiederholt hervorgehoben, daß eine Wohnungsnöthe faktisch nur noch an ganz billigen Arbeiterwohnungen besteht. Nun drängen aber die wohlhabenden Klassen theils aus Geschäftsrücksichten, theils aus Vorliebe für gewisse Stadttheile nach dem Mittelpunkte und nach dem in letzter Zeit so beliebt gewordenen Tragheim und Umgegend, so daß in diesen Gegenden an ein Sinken der Mieten nicht zu denken ist und der Neubau von Häusern selbst immer noch ein lucratives Geschäft bleibt.

Ein Mädchen aus Georgenburg, welches aus inner Anlage zwei junge Bäume entwendet hatte wurde vom Kreisgericht zu Insterburg zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

gefundene, der am 7. M. Abends dort eingetroffen war. Über die Person und die Verhältnisse dieses Mannes hat sich noch nichts feststellen lassen; der Staatsanwalt schafft ist Kenntnis gegeben.

Schwed. 9. Febr. Die schon seit einem

Menschenalter schwedende Translocation-Angelegenheit unserer Altstadt auf das linke Weichselufer,

von der wir wiederholst an dieser Stelle Erwähnung

gethan, befähigt momentan mehr denn zuvor die Ge-

müthe der Translocanten. Wie bekannt, wurde von

den Ministern des Innern und der Finanzen neuerdings

der Stadtgemeinde die erfreuliche Nachricht, daß der

selben Seitens des Staates zur Errichtung eines neuen

Rathauses mit Säulen und Gefängnisraum, sowie

zur Einweihung, Trockenlegung und Pfasterung des

Marktplatzes und der Straßen der Neustadt die erforderlichen Mittel in der Höhe von 108.000 M. als Darlehen und zwar auf fünf Jahre völlig zinsfrei und nach

dieser Zeit mit 3% Zinsen und 2% Amortisation,

außerdem 90.000 M. als Bauprämie bewilligt, welche

letztere in drei Raten je 30.000 M. gezahlt und wovon

die erste Rate bereits auf den Entwurf des Staatsbaupräts. Etat pro 1876 gebracht sei. Diese Nachricht,

obwohl mit großem Dank entgegen genommen,

befriedigte nicht ganz und beschloß man, zur

Erlangung noch günstigerer Bedingungen keine

Mühen und Opfer zu scheuen. Von competenten

Seite wurde den Vertretern der Stadt der Vorschlag

gemacht, noch eine Deputation nach Berlin zu schicken;

möglicherweise gelinge es derselben an entscheidender

Stelle, wenn möglich bei Sr. Majestät dem Kaiser und

König in der Angelegenheit vorstellig zu werden und

günstigere Bedingungen bezüglich der zinstrreuen Zeit

und der Höhe der Bauprämie zu erlangen. Demzufolge

begab sich denn auch eine aus drei Bürgern der Stadt

bestehende Deputation nach Berlin und ist bereits wieder in unsere Mauern zurückgekehrt. Nach dem in der

gestrigen Stadtverordneten-Versammlung erstatteten Be-

richt, entsprachen die Resultate keineswegs den gebeugten

Erwartungen der Versammlung. Der Nothstand wurde

anerkannt, aber keine bestimmte Aussicht auf Abhilfe

erhofft. Vor der Hand müsse erst die Bewilligung der

obigen Summen Seitens des Landtages abgewartet werden und seien dann weitere Schritte zur Erlangung

günstigerer Bedingungen möglich. Die Möglichkeit ist also noch immerhin nicht ausgeschlossen, daß unsrer mit mancherlei Calamitäten kämpfenden Stadt noch eine Vergünstigung Seitens des Staates zu Theil werde. Die Überberedlung wurde dadurch wesentlich erleichtert und der Ausbau in wenigen Jahren einen erfreulichen Ausgang nehmen. — Vor einigen Tagen wurde ein siebenjähriger Knabe aus der im diesseitigen Kreise gelegenen Ortschaft Tremplin in das hiesige Gerichtsgefängnis eingebrochen, der beim Verluste, die Scheune eines dortigen Besitzers in Brand zu stecken, ergriffen wurde. Was den jugendlichen Verbrecher zu dieser That bewogen, wird die eröffnete Untersuchung wohl ergeben. — Der hier seit vielen Jahren bestehende Liebertafel hat sich ein Verein für gemischten Chor angeschlossen. Beide Vereine beabsichtigen Ende dieses Monats ein Gesangs-concert zu veranstalten, dessen Programm ein sehr reichhaltiges und gut gewähltes und Sangessfreundem einen seltenen Genuss verspricht. Auch an unsrer Liebertafel ist nunmehr Seitens des Comit's des diesjährigen Provinzial-Sängerkonvents in Königsberg die Einladung zur Theilnahme an denselben ergangen. — In der gestern stattgehabten ersten diesjährigen Stadtverordneten-Versammlung wurden die neu gewählten sechs Stadtverordneten, von denen vier bereits früher der Versammlung angehörten, eingeführt und auf ihr neues Amt verpflichtet. Das Bureau des vorigen Jahres wurde wiedergewählt. — Für den hiesigen Stadtbezirk sind als Waisenräthe ernannt und in Function gebracht: Kreis-Gerichts-Sekretär a. D. Hoffmann für den ersten Bezirk, bestehend aus den Altstadt-Schwed., der Gedwabka-Zuraw- und Wolfskümpfe, sowie städt. Gingowko; Maler Bandlow für den zweiten Bezirk, bestehend aus der Neustadt Schwed. nebst Abbauten, Gubd. und Neugub.

gefundene, der am 7. M. Abends dort eingetroffen war. Über die Person und die Verhältnisse dieses Mannes hat sich noch nichts feststellen lassen; der Staatsanwalt schafft ist Kenntnis gegeben.

Schwed. 9. Febr. Die schon seit einem

Menschenalter schwedende Translocation-Angelegenheit unserer Altstadt auf das linke Weichselufer,

von der wir wiederholst an dieser Stelle Erwähnung

gethan, befähigt momentan mehr denn zuvor die Ge-

müthe der Translocanten. Wie bekannt, wurde von

den Ministern des Innern und der Finanzen neuerdings

der Stadtgemeinde die erfreuliche Nachricht, daß der

selben Seitens des Staates zur Errichtung eines neuen

Rathauses mit Säulen und Gefängnisraum, sowie

zur Einweihung, Trockenlegung und Pfasterung des

Marktplatzes und der Straßen der Neustadt die erforderlichen Mittel in der Höhe von 108.000 M. als Darlehen und zwar auf fünf Jahre völlig zinsfrei und nach

dieser Zeit mit 3% Zinsen und 2% Amortisation,

außerdem 90.000 M. als Bauprämie bewilligt, welche

letztere in drei Raten je 30.000 M. gezahlt und wovon

die erste Rate bereits auf den Entwurf des Staatsbaupräts. Etat pro 1876 gebracht sei. Diese Nachricht,

obwohl mit großem Dank entgegen genommen,

befriedigte nicht ganz und beschloß man, zur

Erlangung noch günstigerer Bedingungen keine

Mühen und Opfer zu scheuen. Von competenten

Seite wurde den Vertretern der Stadt der Vorschlag

gemacht, noch eine Deputation nach Berlin zu schicken;

möglicherweise gelinge es derselben an entscheidender

Stelle, wenn möglich bei Sr. Majestät dem Kaiser und

König in der Angelegenheit vorstellig zu werden und

günstigere Bedingungen bezüglich der zinstrreuen Zeit

und der Höhe der Bauprämie zu erlangen. Demzufolge

begab sich denn auch eine aus drei Bürgern der Stadt

bestehende Deputation nach Berlin und ist bereits wieder in unsere Mauern zurückgekehrt. Nach dem in der

gestrigen Stadtverordneten-Versammlung erstatteten Be-

richt, entsprachen die Resultate keineswegs den gebeugten

Erwartungen der Versammlung. Der Nothstand wurde

anerkannt, aber keine bestimmte Aussicht auf Abhilfe

erhofft. Vor der Hand müsse erst die Bewilligung der

obigen Summen Seitens des Landtages abgewartet werden und seien dann weitere Schritte zur Erlangung

günstigerer Bedingungen möglich. Die Möglichkeit ist also noch immerhin nicht ausgeschlossen, daß unsrer mit mancherlei Calamitäten kämpfenden Stadt noch eine Vergünstigung Seitens des Staates zu Theil werde. Die Überberedlung wurde dadurch wesentlich erleichtert und der Ausbau in wenigen Jahren einen erfreulichen Ausgang nehmen. — Vor einigen Tagen wurde ein siebenjähriger Knabe aus der im diesseitigen Kreise gelegenen Ortschaft Tremplin in das hiesige Gerichtsgefängnis eingebrochen, der beim Verluste, die Scheune eines dortigen Besitzers in Brand zu stecken, ergriffen wurde. Was den jugendlichen Verbrecher zu dieser That bewogen, wird die eröffnete Untersuchung wohl ergeben. — Der hier seit vielen Jahren bestehende Liebertafel hat sich ein Verein für gemischten Chor angeschlossen. Beide Vereine beabsichtigen Ende dieses Monats ein Gesangs-concert zu veranstalten, dessen Programm ein sehr reichhaltiges und gut gewähltes und Sangessfreundem einen seltenen Genuss verspricht. Auch an unsrer Liebertafel ist nunmehr Seitens des Comit's des diesjährigen Provinzial-Sängerkonvents in Königsberg die Einladung zur Theilnahme an denselben ergangen. — In der gestern stattgehabten ersten diesjährigen Stadtverordneten-Versammlung wurden die neu gewählten sechs Stadtverordneten, von denen vier bereits früher der Versammlung angehörten, eingeführt und auf ihr neues Amt verpflichtet. Das Bureau des vorigen Jahres wurde wiedergewählt. — Für den hiesigen Stadtbezirk sind als Waisenräthe ernannt und in Function gebracht: Kreis-Gerichts-Sekretär a. D. Hoffmann für den ersten Bezirk, bestehend aus den Altstadt-Schwed., der Gedwabka-Zuraw- und Wolfskümpfe, sowie städt. Gingowko; Maler Bandlow für den zweiten Bezirk, bestehend aus der Neustadt Schwed. nebst Abbauten, Gubd. und Neugub.

gefundene, der am 7. M. Abends dort eingetroffen war. Über die Person und die Verhältnisse dieses Mannes hat sich noch nichts feststellen lassen; der Staatsanwalt schafft ist Kenntnis gegeben.

Schwed. 9. Febr. Die schon seit einem

Menschenalter schwedende Translocation-Angelegenheit unserer Altstadt auf das linke Weichselufer,

von der wir wiederholst an dieser Stelle Erwähnung

gethan, befähigt momentan mehr denn zuvor die Ge-

müthe der Translocanten. Wie bekannt, wurde von

den Ministern des Innern und der Finanzen neuerdings

der Stadtgemeinde die erfreuliche Nachricht, daß der

selben Seitens des Staates zur Errichtung eines neuen

Rathauses mit Säulen und Gefängnisraum, sowie

zur Einweihung, Trockenlegung und Pfasterung des

Marktplatzes und der Straßen der Neustadt die erforderlichen Mittel in der Höhe von 108.000 M. als Darlehen und zwar auf fünf Jahre völlig zinsfrei und nach

dieser Zeit mit 3% Zinsen und 2% Amortisation,

außerdem 90.000

Weinberger Synagoge,
Sonntags, den 12. Februar cr., Vor-
mittags 10 Uhr, Predigt des Herrn Rabbiner
D. Wallerstein. (3965)

Den heute fühl 9 Uhr im 77.
Lebensjahr erfolgten Tod der
Frau Witwe
Johanna Cornelia Wunderlich,
geb. Klawitter,
zeigen tief betrübt an
die Hinterbliebenen.
Danzig, den 11. Februar 1876.

Für die so trostreichen Worte am Grabe
des gestern beerdigten Feuerwurkers
A. Wolff hiermit den schulden Dank
von seinen Freunden.

In neuer vermehrter Auflage erschien
heute bei Braun & Weber in Königsberg:

Reichskarte der Provinz Preussen

60 R. Zu haben in allen Buchhandlungen,
in Danzig bei Theodor Berling, in der
Hausmann'schen Buchhandlung und Saunier'schen
Buchhandlung.

In einigen Wochen erscheint die erste
Lieferung einer

Volkssausgabe

von

Heinrich Heine's

sämtlichen Werken
in 36 Lieferungen à 50 R.
schon jetzt nehmen wir Bestellungen
darauf entgegen.

L. Saunier's Buchhandlung,
A. Scheinert.

VI.

Buchbisch - Auction

Lautensee bei Christburg,
Babuks Altfelde a. d. S-Bahn,
Sonnabend, d. 11. März cr.,

Mittags 12 Uhr,
über 50 Stück Bullen- und Knöpfe der
großen Amsterdamer Race, im Alter
von 15 bis 3 Monaten.

Die bis ult. März zu bezahlenden
Thiere werden auf Wunsch gegen ein Futter
von fünfzig R. pro Tag, bis zum
15. Mai d. J. im Pflege behalten.

Dampfer-Verbindung

Danzig-London.

Der regelmäßige Dampferverkehr
zwischen hier und London wird auch in
diesem Jahr wieder von den Schrauben-
dampfern "Blonde", Capitain H.
Brooks, "Love Bird", Capitain C.
Lietz, und "Ida", Capitain R.
Domke, wie bisher unterhalten werden.
— Der Dampfer "Love Bird" wird als
erstes Boot von London gegen Ende
dieses Monats, "Blonde" und "Ida"
in Zwischenräumen von 8 bis 10 Tagen
darauf folgend von den Herren Bremer
Bennett & Bremer in London, 61
Mark Lane, mit Stückgütern auf hier ex-
pediert werden.

Danzig, den 8. Februar 1876.

Th. Rodenacker,

Hundegasse No. 31.

Edamer Rüse

empfiehlt

Carl Schnarcke.

Cather.-Pflanzen
in Kisten und ausgewogen empfiehlt

Carl Schnarcke.

Geräucherter Landschinken
und Landwurst empfiehlt

E. F. Sontowski, Haustor 5

Russische und französische
Sardinen empfiehlt

E. F. Sontowski, Haustor 5.

Astrachaner Caviar,

do. Schotenkerne,

Italienische Prünellen,

do. Maronen

empfiehlt

Carl Sohnarcke.

Ströhüte

zum Waschen und Medicinieren befördert
nach Berlin und Dresden; neue Farben
liegen zur gefälligen Ansicht.

J. Klonower jr.,
Gr. Wollweberg. 9.

5076

Cigarren-Offerte

Batavia, ächte Holl. Plantagen-Cigarre,
74er Ernte, mild u. weiß brennend, ff. Quali-
tät bester Ertrag für ächte Havannas pro
Mille 60, 75 und 90 M. offerirt

Carl Krieger,

Danzig. Biegengasse 1.

Ein Schimmel-Wallach,
5' 6" hoch, 5 Jahre alt, zu verkaufen in

Hozensee bei Pukig.

Den Eingang meiner neuesten
Tapeten u. Borden

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten
bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in
größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

Otto Klewitz, vorm. Carl Heydemann,

Langgasse No. 53.
NB. Mein vorjähriges Lager habe ich wie stets zu auch
unter Fabrikpreisen zum Ausverkauf gestellt.

Gratulationskarten - Visitenkarten,
Verlobungs-, Tanz- und Hochzeits-Anzeigen resp. Einladungen,
Pathenbriefe etc. wie bekannt in größter Auswahl
empfiehlt

J. L. Preuss, Portehaisengasse 3

(vis à vis der Blumenhandlung).
NB. Gesangbücher für alle Kirchen halte stets Lager in verschiedenen
Einbänden (5602)

Schlesische Steinkohlen,

Sack, Würfel, Kugel- und Klein-, sowie gewachsene Schmiede-, Kugel- und Klein-Kohlen,
verkauft in Waggonsladungen zu jeder Eisenbahnstation. (5917)

F. Staberow, Danzig.

Nach beendeter Inventur

habe ich einen Theil meines Lagers zum Ausverkauf gestellt und empfehle zu
äußerst billigen Preisen:

Warme Hausschuhe und Promenaden-Stiefel

für Damen, Herren und Kinder,

Herren-, Damen- u. Kinderstiefel in diversen

Ledersorten,

Lastingsstiefel mit kleinen Fehlern für Damen,

Patent-Schlittschuhe.

Wiener Schuhwaaren-Depot

Langenmarkt **W. Stechern.** Langenmarkt

No. 17.

Junge St. Bernhards-Hunde,

löwengelbe und schwarz mit weißen Abzeichen, prächtig gezeichnet und mit selten
Karken Knochenbau, sind preiswerth zu verkaufen in der Racetrack-Bücherei und
Handlung von Aug. Froese, Heiligenbrunn bei Langenfuhr-Danzig. (5491)

Ausverkauf

des aus der Lewin'schen Concordia erstandenen Waaren-Lagers zu
gerichtlichen Tarpreisen

Breitgasse 124, vis-à-vis der Kohlengasse.

Es kommen heute zum Ausverkauf: Ein großer Posten Kleiderbestände,
Käufe, Alpacasschaar in allen Farben, prima Sammetband in allen
Breiten, Extremadura, gekleidete und ungekleidete, sowie meiste eng-
lische Strickbaumwolle, Bephywolle in allen Farben, kleinere Herren-
kragen, Cravatten, Chlippe, sowie diverse Nähmaterialien, alles

zu gerichtlichen Tarpreisen.

Gabiar

empfiehlt billigst

E. F. Sontowski, Haustor 5.

Einen Gelegenheits-Vorsteher, nicht fehlender
Damen-Slacks-Hand-
sche mit 1 und 2 Knöpfen
empfiehlt zu ganz außerordentlich
billigen Preisen

die Handschuh-Habrik

5926 Hundegegasse 107.

Meine anerkannt höchst
feinsten Berliner

Masken-Costüme:

Dessous; Mönchslutten für Herren

und Damen halte ich vom 10. bis 12. Februar ausge-

stellt in Dirschau, im früheren Ge-

schäft-Sloane des Hrn. Grün, am Marte-

Berliner- und Lindenstraßen-Ecke.

M. Jacobson.

Meine anerkannt höchst
feinsten Berliner

Masken-Costüme:

Dessous; Mönchslutten für Herren

und Damen halte ich vom 10. bis 12. Februar ausge-

stellt in Dirschau, im früheren Ge-

schäft-Sloane des Hrn. Grün, am Marte-

Berliner- und Lindenstraßen-Ecke.

M. Jacobson.

Faschinen.

Ca. 3000 Stück Faschinen sind im

Wade Kriestau bei Kielan unmittelbar

an der Chaussee zu hab'n. Käbres durch

Willh. Wehl, Danzig.

Güter jeder Größe

sucht bei beliebiger An-

zahlung zu kaufen

Th. Kleemann,

Danzig, Brodbänkengasse 33.

5076

Den Eingang meiner neuesten

Tapeten u. Borden

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten

bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in

größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten

bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in

größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten

bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in

größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten

bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in

größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten

bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in

größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten

bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in

größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten

bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in

größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten

bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in

größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten

bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in

größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten

bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in

größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten

bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in

größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten

bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in

größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

erlaube mir ergebenst anzugeben und empfehle dieselben von den einfachsten

bis zu den feinsten Golddecorations, Velours und Holz in

größter Auswahl zu den billigsten Preisen.